

BUNDESPRESSEAMT

Geld für Rüstungslobby

Die FDP verabschiedet sich von ihrer Forderung, das Bundespresseamt (BPA) aufzulösen oder dessen Apparat wenigstens gründlich zu reformieren. In den vergangenen Jahren hatten die Freidemokraten in ihrem „Liberalen Sparbuch“ bei der PR-Behörde der Bundesregierung stets ein Einsparpotential von knapp 80 Millionen Euro ausgemacht. Nun aber gibt sich FDP-Haushaltsausschussmitglied Jürgen Koppelin mit „Sparanstrengungen“ zufrieden, über die man sich mit dem Koalitionspartner einig sei. Unstrittig ist die Notwendigkeit einer Reform des Bundespresseamts. So sind elf Jahre nach dem Regierungsumzug noch immer rund 120 der mehr als 500 BPA-Mitarbeiter in Bonn beschäftigt. Allein die Ausgaben für Trennungsgeld, Fahrtkosten und Umzugsvergütungen sollen im Etat 2010 auf 100 000 Euro angehoben werden. Unklar erscheint auch, weshalb das Bundespresseamt erneut zwei Vereine mit insgesamt knapp 520 000 Euro unterstützen soll, die untereinander verhandelt und mit der Rüstungsindustrie vernetzt sind: Im Kuratorium der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik sitzt mit Ex-General Manfred Dietrich der Präsident des Förderkreises Deutsches Heer – eine umtriebige Lobby-Gruppe. Und in der vom BPA geförderten Atlantischen Gesellschaft, die für die Nato werben soll, amtiert Vizepräsident Werner Dornisch, der zugleich Präsident der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik ist, die zahlreiche Rüstungsfirmen zu ihren Mitgliedern zählt.



FRANK OSSENBRINK

Koppelin



MARC DARCHINGER

Ernst, Gysi

LINKE

Wackelkandidat Ernst

Mit einem Verfahrenstrick will der Fraktionsvorsitzende der Linken im Bundestag, Gregor Gysi, die Kandidatur von Klaus Ernst als Vorsitzenden für den Parteitag im Mai sichern. Gegen den Kandidaten aus Bayern, der zusammen mit Gesine Lötzsch aus Berlin eine Doppelspitze bilden soll, gibt es in west- und ostdeutschen Landesverbänden heftigen Widerstand. Für eine Doppelspitze ist aber eine Satzungsänderung der Partei mit Zweidrittelmehrheit nötig, die die Strategen in der Parteizentrale wegen der Bedenken gegen Ernst für gefährdet halten. Um eine Blamage auf dem Parteitag zu vermeiden, sollen Juristen nun prüfen, ob deshalb eine Änderung des Fusionsvertrags zwischen der ehemaligen Linkspartei.PDS und der WASG, aus denen Die Linke hervorgegangen ist, ausreichen würde, um weiterhin eine Doppelspitze zu installieren. Die Doppelspitze, bislang von den jetzt ausscheidenden Lothar Bisky und Oskar Lafontaine besetzt, war bisher nur als Übergangsmodell vereinbart.

FDP

Ein Herz für Bauern

Union und FDP streiten weiter über die von Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) geplante Kürzung der Solarstromförderung. Zwar verkündeten die Koalitionäre am Dienstag einen Kompromiss. Die umstrittene Förderung von Ackerflächen – Röttgen will ab Juli um 26 Prozent kürzen – sparten sie jedoch aus. „Es kann nicht sein, dass wir Ackerland in Subventionsland umwandeln“, sagt der stellvertretende Unionsfraktionsvize Michael Fuchs. „In diesem Kernpunkt bleibt die Union hart“, sagt auch CDU-Agrarpoli-

tiker Peter Bleser. Er wünscht sich solaranlagenfreie Felder und wirft der FDP Klientelpolitik vor. „Zugunsten einiger Kapitalfondsbesitzer soll die Landschaft verschandelt werden“, kritisiert Bleser. Der FDP-Umweltexperte

Michael Kauch bestreitet Verbindungen zu Solar-Investmentfirmen und bezieht die Union, „Politik aus dem Bauch“ zu machen. Zuvor hatte der liberale Vorsitzende des Agrarausschusses, Michael Goldmann, Blesers Kritik an der FDP-Position als scheinheilig bezeichnet. Die Liberalen setzen sich vor allem für Großanlagen auf ehemaligen Ackerflächen ein. Goldmann denkt dabei auch an die Landwirte: Ihnen würde er gern „ein gutes Nebeneinkommen“ ermöglichen.



LANGROCK/ZENIT/LAIF

Solaranlage in Arnstein